

Magdeburg, eine Stadt zum Leben, eine Stadt zum Bleiben.

Die Bundesrepublik liegt in einem großen koalitionären Dämmer Schlaf. Trotz der lange überfälligen Einführung des Mindestlohns, trotz der Rente mit teils 63 und der Mütterrente, trotz einer im europäischen Vergleich erfolgreichen Wirtschaftsentwicklung bleiben die meisten drängenden gesellschaftlichen Fragen ungelöst. Die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen sind transparent neu zu ordnen. Der Mindestlohn in Höhe von 8,50€ ist zu gering und hat zahlreiche Löcher, die Mütterrente benachteiligt einen großen Teil der Betroffenen, die Rentenangleichung an die alten Bundesländer bleibt aus. Während die Bundesregierung sich regelmäßig selbst für ihre vermeintlichen Erfolge feiert, sind in diesem Land nach wie vor mehr als 3,6 Millionen Menschen ohne Arbeit. Viele von ihnen schon über Jahrzehnte und das ohne Hoffnung, jemals wieder ins Arbeitsleben einsteigen zu können. Menschen in Ostdeutschland sind davon besonders stark betroffen. Altersarmut ist vorprogrammiert. Magdeburg hatte im Monat Mai 2015 über 25 000 Arbeitslose zu verzeichnen und davon knapp 19 000 Arbeitslose SGB II (Hartz IV). Mit 380 Euro im Monat ist soziale Teilhabe nicht möglich und Armut vorprogrammiert. Insbesondere die mit Hartz IV verbundenen Sanktionen stellen eine Diskriminierung der betroffenen Menschen dar. Deshalb fordert DIE LINKE seit langem die Abschaffung dieses Sanktionssystems. Darüber hinaus muss der Regelsatz sofort auf 500 Euro angehoben und langfristig eine Mindestsicherung von mindestens 1050 Euro im Monat durchgesetzt werden. Selbstverständlich muss es Ziel LINKER Politik bleiben, allen Menschen eine dauerhafte, Existenz sichernde Beschäftigung zu gewährleisten.

(Asatz: „Unter dem Deckmantel...“ bis „...Geheimdienste.“ gestrichen)

Die Welt ist in den vergangenen Monaten nicht friedlicher geworden. In der Colbitz-Letzlinger Heide wird Krieg geübt und die Bundeswehr ist nach wie vor an vielen

Auslandseinsätzen in der Welt beteiligt, um dort die Interessen Deutschlands umzusetzen. Damit aber werden die Konflikte nicht gelöst. Sichtbar wird das an der Tatsache, dass weltweit über 50 Millionen Menschen auf der Flucht sind. Deutschland hat als reiche Industrienation hier eine ganz besondere Verantwortung. Es sollte dafür sorgen, dass in den Krisengebieten die Kampfhandlungen beendet werden und nicht durch Waffenlieferungen noch forciert werden. Die Menschen müssen in die Lage versetzt werden ihr eigenes Schicksal in die Hand zu nehmen und die Demokratie und Menschenrechte durchzusetzen.

Das bedeutet Sorge dafür zu tragen, dass Flüchtlinge auch bei uns in Magdeburg menschenwürdig aufgenommen werden und ihnen eine Willkommenskultur entgegengebracht wird, die diesen Namen auch verdient. Parallel dazu müssen wir darauf dringen, dass die Fluchtursachen in den Herkunftsländern beseitigt werden.

Absatz: „Die europäische Sparpolitik...“ und „Die Griechinnen und Griechen...“ bis „..als LINKE Vorbild sein.“ gestrichen),

Die Koalition aus CDU und SPD in Sachsen-Anhalt trägt mit ihrer Sparpolitik dazu bei, dass die Kommunen kaum ihre ureigensten Aufgaben erfüllen können. Hier wird nur noch verwaltet und nicht mehr gestaltet.

Nach wie vor verliert die Landeshauptstadt Magdeburg Einwohner. Nach wie vor gehen vor allem junge Menschen. Nach wie vor ziehen zu wenige Menschen hierher, um diesen Trend zu stoppen. Die LINKE in Magdeburg muss sich vor allem stärker für die Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmen einsetzen, damit Arbeitsplätze mit Tariflöhnen geschaffen werden und somit gerade die jungen gut ausgebildeten Arbeitskräfte mit ihren Familien hier bleiben. Dazu gehören auch die Erhaltung und weiter Entwicklung der Bereiche wie Gesundheitsversorgung, Schulen, Kindertagesstätten öffentlichen Personennahverkehr, öffentliche Einrichtungen für das Gemeinwohl. Ziel ist es, dass sich in unserer Stadt alle wohlfühlen.

Wir in Magdeburg setzen uns gemeinsam mit den anderen Kommunen dafür ein, dass wir wieder in die Lage versetzt werden Investitionen nach den örtlichen Bedürfnissen zu tätigen. Der Investitionsrückstand ist abzubauen. Dazu sind von Bund und Länder Gestaltungsspielräume einzufordern.

Absatz: „Von den Kürzungen besonders hart...“ bis“...Stadtverwaltung in Magdeburg“ gestrichen)

Wir brauchen einen Weg, der den Kommunen einen größeren finanziellen Spielraum einräumt und somit es den Kommunen ermöglicht ihren Aufgaben gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern gerecht zu werden! Deshalb muss es unsere vordringlichste Aufgabe sein, den politischen Wechsel in diesem Land zu organisieren und herbeizuführen. Wir kämpfen für ein Ergebnis bei der

Landtagswahl, das uns ermöglicht, unseren Gestaltungsanspruch umzusetzen und dafür den Ministerpräsidenten in Sachsen-Anhalt zu stellen.

Daraus erwachsen auch für DIE LINKE in Magdeburg wichtige Aufgaben für die sie sich einsetzen muss:

- für die Schaffung von Voraussetzungen für eine stabile Daseinsvorsorge in allen Bereichen der sozialen Infrastruktur, der Kultur, der öffentlichen Sicherheit und der Verwaltung, gegen Schrumpfungspolitik und gegen Privatisierung von Gemeingütern,
- für die Gestaltung einer positiven Entwicklung unserer Stadt auf der Grundlage einer hohen Qualität von Bildung und Wissenschaft, dieses darf nicht einem schnellen Schuldenabbau geopfert werden,
- für eine Wirtschaftspolitik, die für einen sozialökologischen Umbau steht, die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ins Zentrum stellt und für die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Magdeburg wirbt,
- für transparente und demokratische politische Entscheidungen, ohne Vetternwirtschaft und parteipolitischen Begünstigungen,
- für eine Politik, die dem Engagement der Menschen vor Ort Vertrauen schenkt, statt sie durch schlechte Landespolitik zu dirigieren,

- für die politische Teilhabe der Magdeburgerinnen und Magdeburger und keine Ausgrenzung auf Grund von Behinderung, mangelndem Einkommen, sozialer oder biografischer Herkunft zuzulassen,
- für ein geistiges Klima in der Stadt, das Kreativität und Widerspruch wie auch respektvolles Miteinander fördert,

Der Stadtverband Magdeburg hat als größter Kreisverband in Sachsen-Anhalt bei der Umsetzung dieser Aufgaben eine besondere Verantwortung. Das muss sich auch in der Arbeit des Stadtverbandes und in unserem kommunalpolitischen Handeln widerspiegeln. Wir müssen unser sozialpolitisches Profil schärfen!

Sei es bei der gerade aktuell sehr drängenden Frage der Unterbringung von

Flüchtligen, bei der Verhinderung von sozialen Verwerfungen in den einzelnen Stadtteilen sowie bei der Aufwertung dieser durch Sanierung oder Umbau mit der Folge, dass die dort ansässige Bevölkerung durch wohlhabendere Bevölkerungsschichten verdrängt werden, Verhinderung eines weiteren sozioökonomischen Strukturwandels Gentrifizierung, bei der Sicherung der sozialen Einrichtungen der Stadt, bei der Bereitstellung eines guten Netzes von Kindertageseinrichtungen und Schulen. Gerade in diesen Bereichen erwarten die Magdeburgerinnen und Magdeburger von uns als LINKE Antworten. **Das Soziale ist unsere Kernkompetenz - das muss erkennbar sein!**

An der Lösung dieser Aufgaben können wir als Stadtverband aber nur erfolgreich mitwirken:

- wenn wir gemeinsam handeln und unsere Gedanken und Ideen in die Magdeburger Kommunalpolitik einbringen.
- wenn wir die Kultur des Streits und des Umgangs miteinander in einer Art und Weise pflegen, dass sie produktiv wirkt
- wenn wir die Aufgaben auf viele fähige Schultern verteilen und mit der Anbindung verschiedenster Arbeitsgruppen an den Stadtvorstand die politische Ausstrahlung des Stadtverbandes in die Kommunalpolitik Magdeburgs verbessern

- wenn wir unsere Strukturen intensiv pflegen und eine möglichst breite

Einbeziehung aller Mitglieder und Sympathisanten gewährleisten

- wenn wir Ideen aufnehmen und umsetzen und bereit sind, auch neue Wege zu gehen, im Interesse unserer Mitmenschen

- wenn die Nachwuchsarbeit nach wie vor einen hohen Stellenwert hat und mit der Hilfe sowie den Erfahrungen der älteren Genossen und Genossinnen den „Jungen“ Verantwortung übertragen wird und sie ihre Fähigkeiten in die Stadtverbandsarbeit einbringen können

- wenn wir uns für äußere Einflüsse öffnen und entsprechend reagieren

- wenn wir gesellschaftliche Entwicklungen mit wachem Verstand zur Kenntnis nehmen und die entsprechenden Schlüsse daraus ziehen und versuchen sie in das politische Tagesgeschehen unserer Heimatstadt einfließen zu lassen.

Das Alles sollten wir aber nicht um unserer selbst Willen beherzigen, sondern im Interesse derjenigen für die wir Politik machen - für die Menschen in unserer Stadt!

E N T